

PRESSEMITTEILUNG

Energiekrise beschleunigt Strukturwandel, breite Deindustrialisierung aber nicht zu erwarten

- Die Energiepreise werden in den kommenden Jahren wieder sinken, aber nicht zum Vorkrisenniveau zurückkehren.
- Der durch die Dekarbonisierung ohnehin anstehende Strukturwandel wird dadurch beschleunigt. Eine breite Deindustrialisierung ist aber nicht zu erwarten.
- Staatliche Entlastungen sollten nicht darauf abzielen, den Status quo zu erhalten, sondern überlebensfähige Unternehmen und die Transformation der Industrie zu unterstützen.
- Ein forcierter Ausbau von erneuerbaren Energien wird mittelfristig die Energiekosten der Unternehmen senken und deren Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Wiesbaden, 09.11.2022 – Die Energiepreise werden in den kommenden Jahren zwar zurückgehen. Sie werden aber mittelfristig immer noch über dem Niveau der vergangenen Jahre liegen und damit auch über dem Preisniveau in vielen anderen Weltregionen.

Die Unternehmen in Deutschland sind unterschiedlich stark von den hohen Energiepreisen betroffen. Die Energieintensität ist nicht nur zwischen den verschiedenen Industriezweigen sehr unterschiedlich, sondern auch innerhalb einzelner Industriezweige. Während bei einer Vielzahl von Unternehmen die Energiekosten nur rund 1 % der Produktionskosten ausmachen, belasten die hohen Energiepreise vor allem die sehr energieintensiven Wirtschaftsbereiche. Dies gilt insbesondere für die Metallindustrie oder die Herstellung von Glas und Keramik, sowie für besonders energieintensive Produkte aus der chemischen Grundstoffindustrie. Unternehmen in diesen Bereichen stehen häufig im Wettbewerb mit nicht-europäischen Unternehmen und können daher die Kostenanstiege schlechter auf die Produktpreise überwälzen.

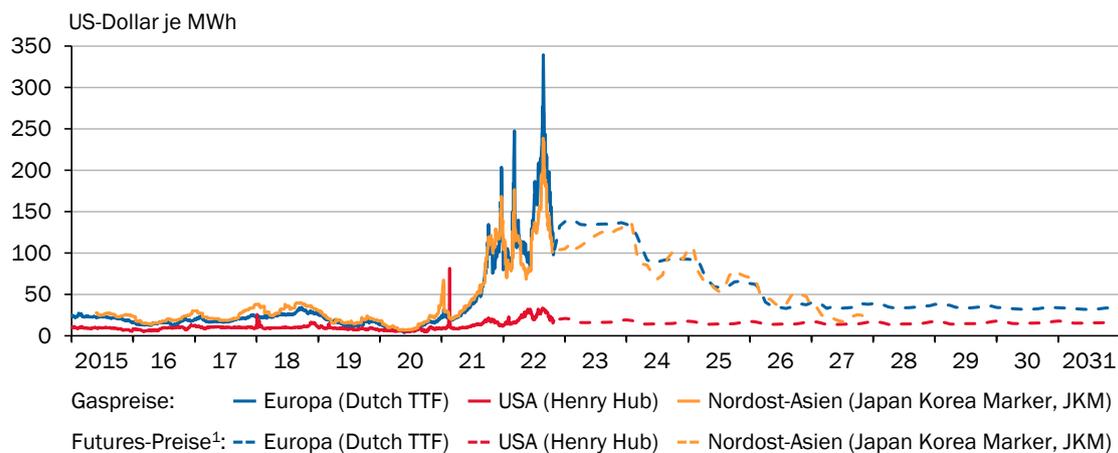
Die aktuelle Energiekrise erhöht somit den Druck auf die Unternehmen, ihre Energieintensität zu reduzieren. Dies wird den ohnehin anstehenden Strukturwandel in der Industrie weiter beschleunigen. Die Energieintensität der deutschen Volkswirtschaft ist bereits seit den Ölpreiskrisen der 1970er Jahre rückläufig. Dies wurde durch zwei Entwicklungen getrieben: Weniger energieintensive Wirtschaftszweige haben leicht an Bedeutung gewonnen. Vor allem aber hat sich die Energieeffizienz in den einzelnen Wirtschaftsbereichen erhöht. Wenn von Staat und Unternehmen die Weichen richtig gestellt werden, ist eine breite Deindustrialisierung des Standorts Deutschland nicht zu erwarten.

„Anders als in der Corona-Pandemie kann es bei den staatlichen Unterstützungsmaßnahmen jetzt nicht darum gehen, den Status quo zu erhalten. Vielmehr muss es gelingen, denjenigen Unternehmen über die Zeit der höchsten Energiepreise zu helfen, die bei den mittel- und langfristig zu erwartenden Energiepreisen ein zukunftsfähiges Geschäftsmodell in

Deutschland und Europa haben“, erläutert Monika Schnitzer, Vorsitzende des Sachverständigenrates Wirtschaft.

Die Verfügbarkeit von günstiger, CO₂-armer Energie wird die Energiekosten der deutschen Unternehmen mittelfristig senken und ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken. Dafür sind Maßnahmen zur Sicherung von Wasserstoffimporten, ein beschleunigter Ausbau von erneuerbaren Energien, ein Ausbau der Energieinfrastruktur sowie eine Flexibilisierung der Energienachfrage erforderlich.

Erdgaspreise dürften in Europa mittelfristig erhöht bleiben



1 – Stand: 27. Oktober 2022.

Quellen: CME Group, Refinitiv Datastream, eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 22-392-01

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (kurz: Sachverständigenrat Wirtschaft) unterstützt die Politik und die Öffentlichkeit in wirtschaftspolitischen Fragen und Themen. Als unabhängiges Gremium wurde er im Jahr 1963 gegründet und besteht aus den Mitgliedern Prof. Dr. Veronika Grimm, Prof. Dr. Dr. Ulrike Malmendier, Prof. Dr. Dr. h.c. Monika Schnitzer (Vorsitzende), Prof. Dr. Achim Truger und Prof. Dr. Martin Werding. Mit seinen regelmäßig veröffentlichten Gutachten soll der Sachverständigenrat dazu beitragen, dass sich die Öffentlichkeit und Entscheidungsträgerinnen und -träger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ein fundiertes Urteil über die wirtschaftspolitische Entwicklung in Deutschland bilden können.

Weitere Informationen über den Sachverständigenrat und seine Publikationen unter www.sach-verstaendigenrat-wirtschaft.de oder folgen Sie uns auf Twitter [@SVR_Wirtschaft](https://twitter.com/SVR_Wirtschaft).

Pressekontakt:

Nadine Winkelhaus
Senior Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: 0611 75-3110
presse@svr-wirtschaft.de